

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6188
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
0,80 M. Streifband 1 M. — Polzeitsungshilfe Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Arbeiterbeamtentum und Koalitionsrecht. — Zur Lage der Paternenwärtner in Berlin. — Arbeiterausschüsse in Hamburgischen Staatsbetrieben? — Zur Lage der städtischen Arbeiter von Wilm. — Der Einfluss einer harten Organisation. — Auf Urlaub. — Aus den Staats- und Gemeindebetrieben. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Thomas Münzer. — Schriften und Bücher. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Arbeiterbeamtentum und Koalitionsrecht.

Die Koalitionsrechtsfrage wird für städtische und staatliche Arbeiter brennender. In der letzten Zeit haben wir wiederholt Gelegenheit gehabt, gewisse Vorgänge als Vorbereitung zum Angriff auf das Koalitionsrecht zu deuten, und wenn auch deshalb noch keineswegs die blasse Furcht uns schüttelt, so müssen wir uns doch vor Augen halten, daß im Deutschen Reich zurzeit die ultrareaktionärsten Strömungen durchaus Oberwasser haben. Woher und wieso das gekommen ist, dem brauchen wir heute nicht weiter nachzuspüren; es kommt vielmehr darauf an, diese Sachlage richtig einzuschätzen und sich danach zu richten.

Von einer lang und klanglosen Preisgabe unserer Rechte ist bei uns natürlich nicht die Rede.

In letzter Zeit hat man wiederholt behauptet, daß Arbeiter in öffentlichen, staatlichen Betrieben, insbesondere der Eisenbahnen, nicht der Gewerbeordnung unterständen und deshalb nicht das Koalitionsrecht hätten. Wir wollen heute auch darauf nicht näher eingehen, sondern vielmehr betonen, daß gerade dem Koalitionsrechte der Drang inne wohnt, sich unter allen Umständen und trotz größter Schwierigkeiten durchzusetzen. England ist uns klärender Beweis dafür.

Unsere Reaktionsäre sind aber blind und haben aus der Geschichte nichts gelernt, deshalb provozieren sie auch ziemlich leichtfertige Zusammenstöße auf sozialem Gebiete.

Am 9. und 10. Mai dieses Jahres tagte in Leipzig die XIII. Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen unter dem Voritze des Staatssekretärs a. D. Admiral Hollmann und im Beisein von Reichs- und bundesstaatlichen Behörden, großer sozialpolitischer Vereinigungen usw.

Es wurden Dinge verhandelt, die mit dem Koalitionsrecht eigentlich nicht das geringste zu tun haben: Ledigen heime — Arbeiterpensionskassen. Bei der Erörterung des letzteren Punktes berichtete Herr Oberbürgermeister Dr. Adickes Frankfurt a. M. über die von den Städten auf dem Gebiete des Pensions- und Rentenwesens der Arbeiter getroffenen Maßnahmen und stellte sich folgende zwei Fragen zur Beantwortung:

1. Sollen die Beteiligten einen Rechtsanspruch erhalten und zu Beiträgen für die Versorgung herangezogen werden?

2. Besteht eine Tendenz zur Ausbildung eines sogenannten Arbeiterbeamtentums und ist sie richtig?

Der Referent hält die Frage des Rechtsanspruchs nicht für so wichtig, wie sie neuerdings vielfach in der Theorie dargestellt wird, zumal wenn die Frage der Mündigung nicht befriedigend gelöst ist. Diese zu regeln sei viel wichtiger. Bedenken gegen den Rechtsanspruch ergäben sich auch aus dem Wechselverhältnis mit der Reichsinvalidenversicherung und aus dem fast vollständigen Fehlen der notwendigen statistischen und versicherungstechnischen Vorarbeiten; hieraus sei auch die bisherige vorläufige und zum Teil provisorische Regelung der Materie zu erklären. Die mit dem Rechtsanspruch zusammenhängende Frage der Beiträge sei ebenfalls schwierig zu lösen; die Städte würden diese schließlich doch selbst zahlen müssen. Im Interesse der Verwaltung sowohl wie der Arbeiter sei die nach dem Frankfurter Muster ausgebildete Form der Fürsorge nur aus städtischen Mitteln ihrer Einfachheit halber zu empfehlen; dabei käme man nicht so leicht in Verlegenheit, Schritte rückwärts machen zu müssen. Bezüglich der Ausbildung des sogenannten „Arbeiterbeamtentums“ bemerkt der Referent, daß allerdings manche Anfänge hierzu vorhanden seien, vor allem in der Annäherung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter an die der Beamten; im einzelnen seien auch viele Berührungspunkte und Uebergänge. Dagegen sei eine generelle Uebertragung des Beamtencharakters schwierig und nicht zu empfehlen, da hierdurch die Bewegungsfreiheit der Verwaltung sowohl wie der Arbeiter beschränkt werde. Alles in Allem könne er nur empfehlen, dem Vertragsverhältnis weniger privatrechtliche Erörterungen als gegenseitiges Vertrauen zugrunde zu legen. — Herr Adickes wies ferner darauf hin, daß die lebenslängliche Anstellung nur bei einem verschwindenden Teil der Kommunalbeamten erfüllt sei; auf der anderen Seite machte er geltend, daß, wenn die Arbeiter Beamten würden, sie auf den Streit verzichten müßten, weil die Beamteneigenschaft diese Seite des Koalitionsrechts aufhobe.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Herren, wovon wir die Herren Senatssekretär Dr. Albrecht Hamburg und den Ministerialdirektor Thiel aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium erwähnen.

Unsere Hamburger Kollegen wird es sicher interessieren, daß der Senatssekretär Dr. Albrecht bezüglich der städtischen Fürsorge die Organisierung auf Grund der Versicherungspflicht in der Form der Staffeneinrichtungen

*) Wie wir über den Streit denken, haben wir auf Spalte 203, 4 unserer Zeitschrift gesagt. D. H.

mit Beiträgen und Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung nach dem Muster einer für städtische Förster in Elbaf Vorbringen geschaffenen Zirkularkasse empfahl.

Andere Register zog der Ministerialdirektor Thiel Berlin. Er meinte, daß mit Rücksicht auf diejenigen Betriebe, in denen ein plötzlicher Streik mit den größten Gefahren für die Öffentlichkeit verbunden sei, das Koalitionsrecht eingeschränkt werden müßte. Herr Thiel war selbst davon überzeugt, daß das sehr „reaktionär“ sei, diese Ueberzeugung hinderte ihn aber nicht, seine Auffassung als eine sehr zeitgemäße zu empfehlen.

Die Einschränkung des Koalitionsrechts will Herr Ministerialdirektor Thiel dadurch erzielen, daß in erster Linie in Staatsbetrieben, wie der Eisenbahnverwaltung, die Arbeiter zu Beamten gemacht werden. Für den Verzicht auf das Koalitionsrecht sollten sie die mit der Beamtenbeziehung verbundenen Vorteile, namentlich die Pensionsberechtigung, entschädigen. Aber Herr Thiel geht noch weiter. Er verlangt auch, daß die Arbeiter in den Bergwerken, in den Gasanstalten, bei den Straßenbahnen (Sammelnicht auch Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie, Metzger u. a. m.? D. M.) beamtet werden. Also ein Abbruch des Koalitionsrechts auf Gebieten, die teilweise den Staat gar nichts angehen. Bei einer demnächstigen Neuordnung der Gewerkeordnung hofft der Redner, werde wohl die endgültige Ausmerzung des Koalitionsrechts der in Frage stehenden Arbeiter erfolgen können.

Herr Thiel sprach zwar nicht als Vertreter der Regierung; da seine Ansicht aber ziemlich übereinstimmt mit Meinungen, die bei der Behörde der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeitervereine vom Bundesratsstabe hiesigen, darf man wohl annehmen, daß die preussische Regierung ähnliche Absichten wie Herr Thiel hat.

Wie konsequent in der preussischen Regierung reaktionäre Pläne verfolgt werden, ist hinlänglich bekannt. So macht man es mit allen Volksrechten, womit wir in Preußen Deutschland allerdings nur sehr färglich ausgestattet sind.

Darum: Aufgepaßt!

Schließlich sagt sich jeder denkende städtische Arbeiter, daß durch eine Weiterentwicklung des sogenannten Arbeiterbeamtentums das Koalitionsrecht keineswegs überflüssig geworden ist. Eritens sind wir noch lange nicht so weit und zweitens, wenn alle städtischen Arbeiter Beamte geworden sein sollten, so hätten sie dies erst der gewerkschaftlichen Organisation zu danken und drittens würden gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich durch „Verleihung eines Charakters“ nicht so ohne weiteres in Kollusen verwandeln und auf jegliches Vereinigungsrecht verzichten. Das tun nicht einmal unsere heutigen Staats- und Gemeindebeamten.

Zur Lage der Laternenwärter in Berlin.

Berlin gilt in den Augen vieler Fremden nicht nur als eine der reichlichsten, sondern auch als eine der feinstbedientesten Städte. Und man muß sagen, daß die städtischen Körper-schaften bemüht sind, in dieser Richtung sich jede Verbesserung zu eigen zu machen. Zunächst eine neue Gründung auf, die eine Verbesserung des Lichtens verspricht, so wird sie probiert und im Anschlusungsfall eingeführt. Auf die Behandlung der Glühkörper, Laternen usw. wird die penultima Sorgfalt verwendet. Und so konnte man der Beleuchtungsverwaltung das Lob spenden, daß sie nach vielen Rücksichten für ihren Zweck erfüllt, wenn nicht noch eine immerhin wichtige Frage der Erörterung unterläge, die nicht der Stadt Berlin zum Ruhme gereicht; wir meinen das Arbeitsverhältnis der Bedienungsmannschaft bei der Beleuchtung selbst, der Laternenwärter. Diese Leute rekrutieren sich infolge der nicht vollen Beschäftigung fast ausschließlich aus den Straßen der kleinsten Handwerksmeister. Ihre

Tätigkeit besteht darin, daß sie der Tageszeit entsprechend zu einem bestimmten Zeitpunkt die ihnen zugewiesenen Laternen anzünden und auslöchen, die Scheiben putzen und in Ordnung halten. Dafür erhalten sie eine tägliche Entschädigung von 2,30 - 2,70 Mk. Daß eine solche nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren, erscheint klar, und daher müssen die Laternenwärter noch einen Nebenverdienst haben, so daß sie dadurch häufig gezwungen sind, 11 - 16 Stunden täglich zu arbeiten. Mann dieser Zustand schon als ungesund bezeichnet werden, so ist die Art, wie man die kleinsten Fehler der Leute mit schweren Strafen ahndet, als bedauerlich zu bezeichnen. Kommt z. B. der Mann wenige Minuten zu spät nach dem Sammelplatz, legt es 25 Pf. Strafe; verhält er infolge großer körperlicher Anstrengung die Zeit: 50 Pf., wer dieses Verbot nicht selbst meldet, errät 25 Pf.; wer nachts die Laternen verläßt, 1 Mk.; wer sie halb verläßt 50 Pf.; wer den Lohn nicht rechtzeitig erhebt, 25 Pf. usw., und dies alles bei einem täglichen Verdienst von 2,70 Mk. Dabei wird diese Strafexpedition so rigoros geübt, daß ein Monat unbestrafter Laternenwärter von den übrigen Kollegen wie ein Wunder angesehen wird. Fast hat es den Anschein, als ob die Kontrolleure dazu angehalten werden, ihren Befähigungsnachweis durch recht viele Meldungen zu erbringen. Dabei wissen die Beiräten nicht einmal, was mit den Strafgeldern geschieht. Wohl ist in der umfangreichen, aber unmöglich einzuhaltenden Arbeitsordnung auch etwas über den Zweck der Strafen gesagt, aber Aufklärung darüber, zu welchen Zwecken jene Summen verwendet werden, erhalten nicht einmal die berufenen Vertreter der Leute, die Arbeiterauschüsse, Mitglieder. Daß ein solches Verfahren der Würdigung über den wirtschaftlichen Zweck Tor und Tur öffnet, läßt man sich doch auch sagen. Und selbst wenn der geschlichen Verstoß dadurch gemildert wird, woran wir noch zweifeln, sollte man dem Bureaukratismus zu Liebe nicht einen solchen reaktionären Standpunkt beibehalten. Weiter ist eine große Erbitterung darüber vorhanden, daß man bezüglich der Gesundheit der Leute auch die bestehenden hygienischen Forderungen außer acht läßt. Der Sammelplatz der Laternenwärter befindet sich meist auf einem freien Platz. Der Wind regt eilig darüber hin; ob es regnet oder schneit, ganz gleich, die Leute müssen warten, bis sie das Zeichen zum Anbruch erhalten. Daß da Knechtschmerz, Gicht und die durch Erkältung hervorgerufene Nervenkrankung ständige Krankheiten unter den Angestellten sind, ist klar. Wenn nunmehr Wunder, wenn da häufig der Gedanke sich hervorragt, daß so etwas den Folgeeuten passieren müßte, dann würde wohl Wandel geschaffen werden. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Gasverwaltung schon einmal den Versuch unternommen hatte, Unterrichtsraume zu beschaffen. Aber die in Frage kommenden Verwaltungen, wie Post und Schuldeputation, lehnten es aus allfälligen Gründen ab, solche Räume herzugeben oder Puden auf Plätzen errichten zu lassen. Jedenfalls fürchtete man die Kritik, da ja der Lebensunterhalt der Fremden daran Anteil nehmen könnte. Den heuchel und trauten Laternenwärter in seiner Behandlung bekommt man ja nicht zu sehen. Wenn die Laternenwärter die Unterrichtung der Presse erbiten, so geschieht es aus der Erfahrung, daß bisher ihre berechtigten Wünsche wenig oder gar nicht berücksichtigt worden sind.

Arbeiterauschüsse in Hamburgischen Staatsbetrieben?

Aus dem gut unterrichteten Quelle wird uns mitgeteilt, daß der Hamburger Senat mit den Vorstehern aller Staatsbetriebe in einer am 19. d. M. stattgefundenen Sitzung eingehend darüber verhandelte, ob die Einsetzung von Arbeiterauschüssen, wie sie die Arbeiter wünschen, sich empfehlen würde. Alle Normen derartigen Arbeitervertretungen hat man keine passieren. Insbesondere wurde über die Einrichtung sogenannter Arbeiterwohlfahrtsausschüsse, denen auch Betriebsbeamte zugezogen sind, und die bekanntlich der Senat in einem in seiner Sammlungen Jabrit eingeführt hat, verhandelt. In den Betrieben der Hamburger Gaswerke sind die Vertreter (Arbeitnehmer) in den Vorständen der Betriebsräten als Arbeiterauschüsse zugelassen. Von dem Leiter der Verbesserungsausschüsse wurde die Erklärung abgegeben, daß der in diesem Betriebe errichtete Arbeiterauschuss, der aus direkter, geheimer Wahl der Arbeiter hervorgeht, zu Ausstellungen bemerkter Veranlassung gegeben habe.

fordert hätten, sind auf diesen Konferenzen in wenigen Stunden beigelegt werden, und Tausende von Malen hat der Zentralverband der Unternehmer gegen Unternehmer entschieden und sie gezwungen, den Arbeitern nachzugeben. Meiner der Chefs der gewaltigen Maschinenfabriken fühlt sich an die Krone gezwungen, wenn er mit den Vertretern der Arbeiter auf gleichem Fuße konferieren muß. Es ist noch nicht das gelebte Land, wo Lamm und Tiger nebeneinander schlafen, aber Arbeiter wie Unternehmer finden sich sicher nicht schlechter dabei, als im hoch gelebteren Lande des „Zentralarbeitgeberverbandes“.

Auf Urlaub.

Von G. E. in Mainz.

Es war in der ersten Hälfte des Monat Mai. Der leben freudige Frühling hatte endlich seinen Einzug in unser goldenes Mainz gehalten. Alle, die sich's erlauben konnten, eilten ins Freie; die Minderzahl waren nicht belagert und die Promenaden, die ihr sommerliches Kleid angelegt hatten, bevölkerten sich mit Spaziergängern männlichen und weiblichen Geschlechts. Weltlos über dachte der Himmel unsern jägemunnebenen Abenteuern und freudlich lächelnd blühte die Sonne auf die an den grünen Meeressiden Lüneburgbänken hernieder. So schlenderte gemächlich irromantisch, dem Stadtpark zu, jenem herrlichen Aachen Mainzer Erde, allwo sich in den fünfberaubenden Duft von Millionen Blumen und Blüten die luftigen Weisen der nächsten Kamillarelle mischten. Eine bunte betlegte Menge hatte sich hier ein Stelldichein gegeben, die Reize der neuverwandten Natur in vollen Zügen genießen zu können. Ungeheuer gelleitete Gemmafäden und fabelträufelnde Feunants, Dorf, Weidem, Memmerzien und sonstige Kammern mit ihren beirats fähigen Tödiern, beleibte Vätermeister und nettelnde Hansbeißer, Rentiers und sonstige Ebenbilder Gottes, denen mir „ästhetische Welt erdumng“ die für viele ihrer Nimmenden beneidenswerte Rolle zu wies, von „ihrem Geide“ zu leben sowie eine Anzahl pompos auf gepugter und veredelter Bourgeoisier mit ihren diversen diem baren Geheimern, ja sogar einen Stadverordneten konnte ich bemerken, der eine um dieselbe Zeit stattfindende Sitzung einer Deputation, welcher er angehörte, zu bewahren schien. Jeder Stand hatte seine Vertreter, nur die Arbeiter fehlten. Doch hielt War dies kein Arbeiter, jener Mann, der sich's auf einer Katenbant in der hintersten Reihe bequem machte, und, eine Stummelpfeife im Mund, kleine Handwolken in die warme Mainzerluft blies? Ja trat hinzu, und da mir bereitwillig ein Platz auf der Pant eingeräumt wurde, waren wir bald im eifrigen Gespräch.

„Sie waren wohl ernstlich erkrankt und befinden sich jetzt auf dem Wege der Genesung?“ fragte ich meinen Nachbar.
 „Nein. Ich war weder krank, noch habe ich Lust, es zu werden. Im Gegenteil. Ich fühle mich hechter denn je.“
 „So sind Sie wohl abwesend?“
 „Arbeitslos? Das wäre hart für einen Familienvater,“ antwortete er.

„Erfurtdigden Sie, bitte, meine Neugierde, bester Freund, einen Arbeiter des Werktags um diese Stunde hier zu treffen, ist eine Seltenheit. Nur wenige Arbeitergäste pflegen um diese Zeit unsere Anlagen aufzusuchen und meistens sind diese krank oder arbeitslos. Und da ich doch nicht annehmen kann, daß Sie von Ihrer Hände Arbeit so viel erriat haben, um jetzt privatieren zu können, so glaube ich einer dieser Umstände würde auch auf Sie zutreffen. Ich will keineswegs ausdrücklich sein.“
 „Aber bitte, bester Herr, den Grund meines Hierseins will ich Ihnen gern erklären. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß man im vorigen Jahre den herrlichen Abentern einen achtatägigen Sommerurlaub bewilligte. Ich selbst bin einer dieser Beneidenswerten, der zur Zeit keinen Urlaub genießt.“

„Abl! Also auf Urlaub! Jetzt ist mir alles erklärlich. Ein Arbeiter auf Urlaub ist eben ein seltenes Ding. Das muß ja für Sie ein glückliches Gefühl sein, einmal auszuweichen zu können. Nicht?“
 „Gewiß! Mir fehlen wirklich die Worte, ihnen die Lebenslust zu beschreiben, die uns beherdet, wenn wir einmal, sei es auch nur für wenige Tage, der gesteuerten Arbeit fliehen und hinaus eilen können in die grünen Wälder und Ähren, um Herz und Gemüt zu erfrischen und den Körper in neuer Arbeit zu noblen. Aehren, Wälder und Sommerfrühen bleiben für uns unbelaunte Saden. Dazu fehlen uns die Mittel. Aber schließlich ist die Kamm ja überall. So nehme ich denn mit dem fabel, was uns mühe Umachung bieten kann und ich muß gehen, Plamendust und Regelsang haben in mir eine Stimme erweckt, die mir sagt: Noch niemals hat Du Dich so als Mensch gefühlt wie jetzt.“

„Mit herrlichem“ „bogen schickerte er mir seine bereits gemachten Ausflüge in die Umgegend der Stadt. Es lag etwas Stolz in seiner Sprache, und man sah es ihm an, daß er kein unmaßeres Wort sprach. Als ich fragte, wie wohl den Anwohnern zu der Einbringung des so segensreichen Urlaubs gehen habe, da kam keine Gefährliche etwas ins Spiel. Als ich weiter in ihn drang, da erzählte er mir, daß ich die herrlichsten Arbeiter von Mainz in einem Verbande vereinigt hätte und dieser Festionen um Einführung des Urlaubs an die maßgebenden körperschaften gerichtet habe.

„Also der Urlaub ist ein Erfolg Ihrer Organisation. Selbst! Abend sind Sie auch organisiert?“ fragte ich.

Zu meinem größten Erstaunen kam nach einer Verlegenheitspause ein beschämendes „Nein“ über seine Lippen.

„Nicht? Man hat Sie wohl noch gar nicht aufgefordert, Ihrem Verbands beizutreten?“

„L doch! Saden des öfters, aber . . .“ Wieder eine Verlegenheitspause. Als mitleidiger Mensch suchte ich meinen Nachbar aus seiner Hilflosigkeit zu befreien und so fiel ich ihm ins Wort:

„Aber bester Freund, ich meine Ihr bloßer Anstand müßte Sie bestimmen, der Organisation beizutreten. Wie ist es möglich, eine Wohlthat zu genießen, ohne zu deren Erbringung das geringste beizutragen zu haben? Daß der Verband von Nutzen ist, verweisen Sie doch erst auf eigenen Leib! Und was wird die Organisation noch leisten können, wenn alle die, die von ihrer Tätigkeit profitieren, ihr beitreten! Müssen Sie da noch länger zögern? Sprechen nicht alle Vernunftsgründe für die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Organisation? Nun, bester Freund, Sie als Urlauber können dies wohl nie mehr in Worte stellen. Halten Sie doch Umsicht in der Natur! Ist nicht jeder Baum, jeder Strauch, jeder Grasstamm ein Produkt des organischen Zusammenwirkens verschiedener Kräfte? Wenn so ist Ihr Urlaub ein Produkt des organischen Zusammenwirkens vieler im Verbande vereinigter Kollegen? Da dürfen Sie nicht mehr länger bestene stehen.“

Meine kleine Stundpredigt hatte ihren Zweck nicht verfehlt. Ich erzählte ihm noch manches aus dem Gewerkschaftsleben, von den Kämpfen und Erfolgen der modernen Arbeiterbewegung. Als ich Abschied nahm, da redete er mir die Hand und versprach ein treues Mitglied der Organisation zu werden und zu bleiben. Ein letzter Gruß und ich wandte mich der Stadt zu. In der Ferne noch konnte ich vernehmen, wie die Musik den deutschen Turnermarsch unterhierte, und wie eine letzte Rahmung an den Säunigen klang es durch Pusch und Hain:

„Großes Werk geht
 Nur durch Einigkeit
 Ob er wohl Wert halten wird?“

Rus den Staats- und Gemeindebetrieben.

Treiben. Die Lage der Straßenreiniger ist eine wenig erfreuliche, wenn man keinen härteren Ausdruck gebrauchen will. Nicht nur, daß ihnen ganze 25 Pf. pro Stunde als Anfangslohn geboten werden, die Leistungen dafür sind außerordentliche, dazu kommt noch Mehrarbeit für krank oder beurlaubte Kollegen, welche Anstöße nicht genell wird. Es kommt vor, daß bei einer kleinen vier Mann fehlen, und da müssen sich noch die Mehrer beweiern lassen, daß ihre Vermögensfähigkeit nachgelassen hat. Die Stadtgemeinde sollte sich doch endlich bestimmen, was das heißt, bei 25 Pf. Stundentohn eine Familie zu ernähren. Bezieht der Arbeiter Unfallrente, so wird diese noch vom Lohn gekürzt. Alle Wohlstan sind doch zwecklos, so bald sie in dieser Weise wieder entzogen werden. So ist es auch mit dem Urlaub, wenn die am schlechtesten Bezahlten keinen erhalten, aber für die beurlaubten besser Bezahlten die Arbeit mit verrichten müssen, weil eine eigenständige Sache. Diese Missstände können nicht gut gemacht werden durch Verteilung religiöser Zeitschriften, oder Zusammenkünfte für innere Mission; auch nicht durch Moralpredigten fuh vor dem Anstrichen, oder Verbote des Tragens von Zigarren oder Zigaretten im Dienst. Hier kann nur bessere Bezahlung helfen, dann wird man auch bessere Arbeiter erhalten. Den Arbeitern sei gesagt: organisiert Euch!

Wie es den Anwohnern hat, sollen die herrlichen Arbeiter in Unzufriedenheit erhalten bleiben. Die tägliche Arbeitszeit soll nach der neuen Arbeitsordnung zehn Stunden betragen. Den Straßenwärtern und Mandatarbeitern soll diese Wohlthat, wie es scheint, verweigert werden. Diese haben bei dem 1. Mai wieder elf Stunden zu arbeiten, wahrscheinlich, weil sie Tagelohn erhalten. Das Tischnamt befindet sich wohl, es könnte in den Auf eines in hundert Arbeitsgebers gelanden, wenn es, ohne gearbeitet zu werden, eine Verbesserung einführen sollte. — Bei den Tischarbeitern hat man freilich teilweise den neunmündigen Arbeitstag eingeführt, aber dort gibt es Stundentohn. Der acht Jahren laute der Herr Raurat Miete, die schwindende Arbeitszeit sei eine sozialdemokratische Verderbung. Das Tischnamt könnte nie nicht einführen, weil die Straßen nicht so lange liegen bleiben könnten. Und jetzt!

Köln a. Rh. Die Löhne der herrlichsten Straßenreiniger. Die Arbeiter der herrlichsten Straßenreinigung erhalten, wenn sie neu eingetretten sind, ein ganzes Jahr hindurch einen Tagelohn von 2,75 Mark. Keientage werden nicht bezahlt. Es ist geradezu eine Zauberei, das man in einer Stadt mit so hohen Lebensniveau und Mierpreisen erwachsenen Arbeitern, die wdem um Zeit verheiratet sind, derartige Löhne bietet. Nur die sehr schundheitsgefährliche Nachtarbeit gibt es keinen Pfennig mehr! Also 14,50 Mk. Wochentohn, wovon noch Fernberntungsbeiträge abgehen. Köllt aber ein Arbeiter in die Wache, so gibt es noch 2,75 Mk. weniger. Wir behaupten, daß kein Privatunternehmer in Köln unter ähnlichen Verhältnissen so niedrige Löhne zu zahlen wagen würde. Die herrliche

Verwaltung aber, die sich so gerne ihrer sozialen Fürsorge rühmt, geniert sich nicht. Die öffentlichen Betriebe sollen bekanntlich Winterbetriebe sein. Die Betriebe der Stadt Köln sind größtenteils Winterbetriebe im Sinne der Unternehmer, die von der Stadt die Lohnhöckerlei lernen können. Hebrigens würde ein privater Unternehmer für 2,75 M. Tagelohn schwerlich Arbeiter bekommen können. Der Stadt aber laufen namentlich die vom Lande kommenden Arbeiter gerne zu, weil sie der Meinung sind, sie hätten dort bessere Stellung als anderswo. Und da zudem diese Leute meist keine Abnung von dem teuren holländischen Filanier haben, erscheint ihnen anfangs der angebotene Lohn ausreichend.

Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien.

Berlin Schönberg. Der Antrag Bäumler und Geynoffen, betr. Sommerurlaub für die in holländischen Betrieben beschäftigten Arbeiter stand zur Beratung. War schon die Aufnahme des Antrages in der Stadtverordnetenversammlung eine gereifte, so hatte der Magistrat scheinbar keine Abnützung, sich dem gewiß zeitgemäßen Antrage gegenüber zu äußern. Er glänzte bei der ganzen Beratung dieser Sache durch Abwesenheit, nur einige Varräte waren anwesend. Es dadurch etwa das Interesse für die Gemeindeglieder behindert werden sollte? -- Eingehend begründete Geynoffe Bäumler die einzelnen Punkte des Antrages. Er wies darauf hin, daß ähnlich Einrichtungen wie die verlangten außer in Berlin in fast allen größeren Nachbarstädten bestehen. Was in vielen Privatbetrieben durchführbar sei, müsse eine Gemeinde ebenfalls ermöglichen können. Die Meisten seien jedenfalls nicht so erheblich, um davon zurückzubleiben, und es liege doch auch im Interesse der Stadt selbst, ihren Angehörigen durch Gewährung des Sommerurlaubes eine Erholung zu gönnen. Außer mehreren Vertretern Löb und Müller sprachen sich noch Vossig, Partelt, Gierkeiner und v. Giorden für den Antrag aus. Als unfreiwilliger Magistratsvertreter zeigte sich wieder einmal, wie immer bei solchen Gelegenheiten, der Stadtv. v. Krantenberg. Ihm kam es unangenehmlich nicht in den Sinn, daß Arbeiter, die jahrelang in der Hitze der Sommerhitze beschäftigt sind, auch einmal einer Erholungsreise bedürftig sind und nach dem bei der Zahlung des Lohnes. Daß solche Einrichtungen bereits sogar in Privatbetrieben bestehen, war dem Herrn nach einer Aufklärung durch Geynoffe etwas ganz Neues. Die Abstimmung ergab schließlich die Heberweisung des Antrages an eine gemischte Kommission (vier Stadtverordnete und drei Magistratsmitglieder) mit der Weisung, den Magistrat in einer Vorlage zu veranlassen, sobald wenigstens in diesem Jahre nach der Gewährung des Sommerurlaubes erfolgen kann. Wir wollen hoffen, daß dem Magistrat keine Kerzen, die wir ihm zur Erhebung ebenfalls gönnen, der Bekämpfung der Angelegenheit nicht hinderlich sind.

Breslau. Arbeiterfragen vor dem Stadtparlament. (Wegen Mannmangel zurückgestellt.) Aus den im März nachgehenden Sitzberathungen verbleiben sich noch folgende Punkte: Beim Etat der Fremdenarbeit Veranlassung, der viele Wünsche des Breslauer Arbeiterm. wahrlich, fand sich unter all den bürgerlichen Vertretern auch nicht ein einziger, der auf der Arbeiter und Angehörigen gedacht hätte. Es blieb dem leider nur einzigen sozialdemokratischen Stadtverordneten Schüb vorbehalten, für sie seine Stimme zu erheben. Er führte aus:

Die holländischen Post und Fernwagen Radmadadente haben sich im vorigen Jahre in zwei Petitionen mit der Bitte um Gehalts-erhöhung an den Magistrat gewandt, und über beide Male abschlägig beantwortet worden. Das Gehalt dieser Arbeiter beträgt 75 M., der Lohn beginnt abends 6 Uhr und endet im Zimmer um 5 Uhr, im Sommer um 6 Uhr früh. Wenn sie die Wege von und zum Böhnen in Winter haben, und berücksichtigen, daß diese Männer die ganze Nacht an den Weisen sind, in an eine angemessene Neben-entlohnung kann in diesen. Herr Stadtrat Dr. Müge hat erklärt, daß die Radmadadente nur als Arbeiter betrachtet werden. Das ist meines Erachtens falsch. Dieselben haben vom Reichspräsidenten Lohn erhalten, haben also Beamtencharakter, sie sind eine gewisse Beamte. Ihre Stellungung wird geklärt. Diese steht wohl in der Richtung des Sommer aus, für die letzte Jahreszeit aber nicht. Für die Sommerzeit auf eigene Kosten an zu stellen werden. Gewissen die Arbeiter sind dies keine doch auch ungenügend, oft genug werden die Lohn von Monats- Gehalt. Der Magistrat hat, die die Stadt-Parlament hat, nicht, nicht also im Sinne eines Strafes anstellt, also in an die Arbeiter nicht zu klären. Ich bin als Beamten, welche im Winter die holländischen Radmadadente, welche nicht ihren Wohnort und Veranlassung an Ortung selbst von 1000 M. monatlich die 12000. Der Magistrat entscheidet es, daß die Beamtencharakter Radmadadente können mit ihren Leistungen Lohn erhalten. Der Magistrat hat, die die Arbeiter nicht, nicht also im Sinne eines Strafes anstellt, also in an die Arbeiter nicht zu klären. Ich bin als Beamten, welche im Winter die holländischen Radmadadente, welche nicht ihren Wohnort und Veranlassung an Ortung selbst von 1000 M. monatlich die 12000. Der Magistrat entscheidet es, daß die Beamtencharakter Radmadadente können mit ihren Leistungen Lohn erhalten.

Die betreffenden Beamten müssen sich vorläufig mit dieser Forderung genügen lassen. Es die Bewilligung ebenso schnell erfolgen wird, als die Zulage für ihren Chef, den Direktor Mücke, daran werden wir allerdings unsere Zweifel zu hegen berechtigt sein.

Beim Etat der Gaswerke empfahl der Berichterstatter kurzehand die Genehmigung des Etats. Wieder hatte niemand anders Veranlassung, die Leiden der schlecht bezahlten Kollegen zu schildern, als der Arbeitervertreter, der sich dafür die dreifachen Zwischensprüche der behändigen Herren von der saten Moral gefallen lassen mußte.

Stadtvordneter Schüb führte aus: Bei der General-Diskussion über den diesjährigen Etat gestattete ich mir, auf die Arbeitsverhältnisse in den Gaswerken hinzuweisen. Der Herr Oberbürgermeister antwortete mir in sehr temperamentsvoller Weise. Er führte nach dem Stenogramm folgendes aus:

„Auf die Arbeitsverhältnisse bei den Betriebswerten will ich nicht so speziell eingehen, ich möchte nur dazu, was Herr Schüb sagte, bemerken, daß es unrichtig ist, daß die Arbeiter 365 Tage in der Woche arbeiten müssen; ich habe das im übrigen aber nicht im einzelnen gegenwärtig.“

Herr Stadtrat Wirk aber behängte im allgemeinen meine Darstellung als richtig, soweit die Arbeitszeit in Betracht kommt. Er wies darauf hin, daß es in den Gaswerken ähnlich wie in den Hüttenwerken, wo ununterbrochener Betrieb aufrecht erhalten werden muß, ungenügend. Der Herr Stadtrat behauptete im Gegenzug zu meinen Ausführungen, daß die Feuerhausarbeiter keine Krämpfe hätten, sich über schwere Arbeit zu beklagen. Er sagte nach dem Stenogramm wörtlich folgendes:

„Aber gerade die Feinhaus Arbeiter haben keine Veranlassung, sich über schwere Arbeit zu beklagen. Das Laden der Metorten dauert ungefähr eine Stunde, dann haben die Arbeiter 2-2 1/2 Stunden nichts zu tun, effektiv arbeiten sie also von 4 Stunden nur 1 1/4 Stunden, so daß von 12 Stunden Arbeitszeit ungefähr 4 Stunden eigentliche Arbeit geleistet wird, die übrige Zeit haben die Arbeiter Ruhe und können sich erholen; es ist also nicht so schlimm, wie das geschildert wird.“

Während diese Ausführungen zutreffen, so hätte ich allerdings eine den wirklichen Verhältnissen widersprechende Darstellung gegeben. Ich muß allerdings meine Ausführungen vom 22. v. Ms. korrigieren, insofern, als es nicht richtig ist, daß die Arbeiter an 365 Tagen im Jahre arbeiten. In abwechselnde Schichten eingeführt sind, müssen die Arbeiter auch nachts arbeiten. Tatsache aber ist, daß die Feinhausarbeiter 365 Schichten im Jahre arbeiten müssen. Es das nun durchgehend 12stündige oder abwechselnd 2stündige Schichten sind, ist im Effekt ziemlich gleichgültig. Es kamen im Jahre 365 zwölfstündige Schichten heraus.

Zwölftägigen Arbeiter, welche Tagelohn haben, arbeiten von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr, das geht von Montag bis Sonnabend durch. Am Sonntag früh 6 Uhr beginnt die Nachtschicht, die dauert bis Montag früh 6 Uhr. Nach dieser 12stündigen Schicht haben die Arbeiter nur eine 12stündige Ruhepause, da am Abend 6 Uhr die Nachtschicht angetreten werden muß. Diese wird aber noch verlängert durch den Weg zur Wohnung und zum Werte, dazu kommt, daß die Arbeiter meistens schon eine halbe Stunde vor Schichtwechsel an der Arbeitshalle sind. Diese Ruhepause ist eine unzureichende. Nach Ablauf der zweiten Woche haben diese Arbeiter eine 2stündige Ruhepause, also einen sogenannten „freien Tag“. Ich bin allerdings der Meinung, daß hier zu mindestens 36 Stunden gehören.

Wie sieht es denn nun mit der vom Herrn Stadtrat Wirk gezeichneten Arbeitsstellung. Ich verlange nicht, daß der Herr Oberbürgermeister über die holländischen Verhältnisse in den einzelnen Betrieben unterrichtet ist, aber an den Herrn Deputierten kann ich diese Darstellung stellen. Wie der Herr Stadtrat sagen konnte: „Aber gerade die Feinhaus Arbeiter haben keine Veranlassung, sich über schwere Arbeit zu beklagen“, ist mir unbegreiflich. Es gibt kaum eine schwerere Arbeit als diese. Die effektive Arbeitszeit beträgt nicht, wie behauptet wurde, 1 Stunden, sondern ist nahezu doppelt so hoch, jedoch unter der Bedingung, daß die Metorten ausbleiben und das Charagieren fließt und ohne Hindernisse von fließen geht. Ist dies nicht der Fall, so dauert diese Arbeit länger, und die Pausen sind entsprechend kürzer. Diese Tatsache ist nur von Männern, deren Ansehen auch Sie anerkennen müssen, behauptet worden. Gewiß wird niemand gelobt werden, es hat immerhin einige Stunden zur Ruhe frei. Die Anforderungen, welche dort an die Veranlassung der Arbeiter gestellt werden, sind so groß, daß kein Mensch und wäre es der holländische, diese Arbeit zwölf Stunden untereinander zu leisten imstande wäre. Meine Herren, die meisten von Ihnen haben keine Vorstellung, wie es in diesem Feinhaus aussieht. Eine Nacht um Sonntag! Und während der Nacht der Metorten besteht eine ungenügende Ruhepause. Die Arbeiter sind in jedem Oberte der Nacht nicht ausruhen, nicht durchzuwachen, müssen dieselben nach dem Aufgehen der Metorten in fließen und so nachfließen. Wer nicht von einem Beamten erzählt, der in diesem Feinhaus nicht in einem Oberte anfließt, der Arbeiter haben den letzten Teil des Nachmittags zu tun.“

Ich habe mich an Sie und die Herren der Stadtverordneten der von mir gezeichneten Arbeitsverhältnisse gewandt. Eine Beamten-Veranlassung, wie es in den Oberten behauptet worden ist, ist nicht, daß meine Darstellungen den Tatsachen entsprechen.

Einige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben an dieser Zusammenkunft teilgenommen und dort aus dem Munde von Arbeitern das bestätigt bekommen, was ich ausgeführt habe.

Wie gefährlich die Arbeit in den Eisenhäusern ist, ersehen Sie am besten aus dem Jahresbericht der Betriebskrankenkassen der Gas- und Wasserwerke sowie der Elektrizitätswerke für 1902.

Auf 1135 Mitglieder kommen 1373 Erkrankungen, von denen 558 mit 11440 Krankheitstagen mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren.

Sehen wir uns die Art der Erkrankungen an, so finden wir unter anderem:

- 101 rheumatische Leiden, 92 Verletzungen, 81 Lungenleiden, 67 Lufröhrenleiden, 46 Influenza, 62 Magenleiden, 13 Nervenleiden, 13 Hautkrankheiten, 6 Herzkrankheiten, 63 verschiedene Hautleiden.

Aus dieser Statistik ersehen Sie, daß die große Mehrzahl der Erkrankungen schwerer Natur ist, und zurückzuführen auf die so hinaus angelegte Tätigkeit. Die Löhne, die für diese Arbeit gezahlt werden, sind sehr niedrig, der Anfangslohn beträgt 2,50 Mk. und soll von Jahr zu Jahr um 10 Pf. pro Tag steigen, bis zum Höchstlohn von 4 Mk. Es sind Arbeiter schon seit 21 Jahren im Betriebe, haben aber den Höchstlohn noch nicht erreicht.

Von einem Mitgliede der Betriebsdeputation wurde mir gesagt, daß bei eingeschränkter Produktion eine Anzahl Eisenarbeiter mit Arbeiten im Hufe, also mit verhältnismäßig leichten Verrichtungen beschäftigt werden, aber den bisherigen Lohn weiter beziehen. Das entspricht nicht den Umständen. Die im Hufe beschäftigten Arbeiter erhalten einen geringeren Lohn. Ebenso diejenigen, welche die schwere Arbeit im Hammerbau nicht mehr zu leisten imstande sind. Zum Danke dafür, daß diese Arbeiter ihre besten Kräfte geopfert haben, werden sie nicht entlassen, müssen sich aber mit einem geringeren Lohn zufriedengeben.

In früheren Jahren wurde den Eisenhaus-Arbeitern, sofern die Temperatur 25 Grad Celsius erreicht hatte, ein Obwegel von 20 Pf. pro Tag gewährt, dies ist ohne Angabe von Gründen in Wegfall gekommen. An Kaiser's Geburtstag wurden den Gasanalisarbeitskräften früher für zwei Stunden, die die Arbeiter in den übrigen Betrieben frei haben, 50 Pf. vergütet; auch diese Entschädigung ist dieses Jahr in Wegfall gekommen. Einigen Arbeitern, die vertrieben wurden und um die nachträgliche Zahlung dieses Betrages ersuchten, wurde mir Entlassung gedrückt. Ich bitte um Auskunft, aus welchen Gründen sowohl das Obwegel als auch die Entschädigung an Kaiser's Geburtstag nicht mehr gezahlt werden.

Aber nicht nur die Eisenhausarbeiter sind schlecht gestellt, auch andere Arbeiter haben Ursache zur Klage.

Die Reparaturarbeiter, die hauptsächlich bei den Monumenten beschäftigt sind, und nur im Bedarfsfalle in der Werkstatt arbeiten, erhalten einen Anfangslohn von 26 Pf. pro Stunde, steigend pro Jahr um 1 Pf. bis zur Höhe von 30 Pf.

Für Heberstunden oder Sonntagarbeit wird keinerlei Zuschlag gezahlt. Diese Arbeiter sind persönlich haßbar für Schwaben, die infolge mangelhafter Arbeit entlassen. Aber nicht genug damit, außer den Gewerkschleppern müssen dieselben mit ihrem eigenen Werkzeug arbeiten, also Kaufausstattungen und Instandhaltung desselben auf eigene Kosten vornehmen.

An der Hand eines Haushaltungsbudgets will ich Ihnen die mangelhaften Löhne nachweisen. Das Budget ist von einem Gasanalisarbeiter, der seit langen Jahren dort beschäftigt ist, aufgestellt. Die Familie besteht aus Mann, Frau und 2 Kindern. Der Verdienst dieses Mannes betrug 18,36 Mk., die Ausgabe 19,25 Mk., also ein Defizit von 89 Pf. pro Woche. Um dieses auszugleichen, muß die Frau mitarbeiten oder es wird gerumpelt. Sehen wir uns das Budget an, es ist mager, nicht einmal für Kleidung oder Ernährung des Gasaarbeitsers in ein Koken eingeschickt. (Stadt. Siebert ruft: Schnaps!) Für Schnaps ist auch nichts darin enthalten, Herr Kollege Siebert, der Mann trinkt zufällig keinen Schnaps!

Dieser Mann kauft in der Woche zwei Pfund Fleisch, müßte aber nach einem nicht von Sozialdemokraten, sondern vom Reichsgesundheitsamt herausgegebenen Gesundheitsbuchslein für ihn und seine Familie 6 Pfund Fleisch konsumieren (Acht bei den Konsumativen). Daß unter diesen Verhältnissen das Streben der Arbeiter nach höheren Löhnen und besserer Lebenshaltung begründet ist, bedarf keiner weiteren Beweisführung.

Was sagte aber der Herr Oberbürgermeister am 22. Februar: „Es ist für uns sehr schwer, gemeinsam unsere Interessen gegenüber einer ruhigen und dauernd wechselläufigen Stellung einzustellen. Die Aufgabe, die unter Führung der sozialdemokratischen Parteilichen, die versuchen, an die Versammlung kommen und die Straße, die in dieser Versammlung geführt wird, erklimmen es irgendein, irgend eine Frage in dem Sinne, wie ich persönlich manchmal möchte, zu entscheiden.“

Einige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben kürzlich an der erwähnten Versammlung der hiesigen Arbeiter teilgenommen und sich überzeugt, daß der Ton, der dort herrscht, ein angemessener ist.

*) Siehe Spalte 265, 6 unserer Zeitschrift.

Freilich ist solche Versammlung kein ästhetischer Festakt, die Arbeiter haben keine akademische Bildung genossen und sind nicht in der Lage, in formgewandter Rede ihre Lage zu schildern. Jedemfalls haben die versammelten Arbeiter den Vorwurf, sie ließen sich von einem sozialdemokratischen Agitator an der Spitze ziehen, mit Unschiedenheit zurückgewiesen. In einer einstimmig angenommenen Resolution befindet sich folgender Passus:

„Die Versammelten erklären, daß die an Magistrat und Stadtverordneten gesandte Petition von ihnen sämtlich in hiesigen Betrieben beschäftigten — Vertrauensleuten verfaßt ist. Sie bemerken weiter, daß die darin geschilderten Verhältnisse der Wahrheit entsprechen und es haben deshalb die hiesigen Verwerkschaften um Gewährung der in der Petition geäußerten Bitten.“

Der Herr Oberbürgermeister verteidigt vollständig die wackeligen Verhältnisse, sonst hätte er bei der Generaldiskussion nicht sagen können:

„Es ist unklar, daß man a. B. sehr wünschte, eine Vertretung der Arbeiter insgesamt uns gegenüber zu haben, wenn man annehmen könnte, daß es die Arbeiter selbst wären, die sich vertreten. Da hätten wir keine Bedenken. Wenn man aber annehmen muß — und man muß es annehmen, — daß es nicht die Arbeiter der Gasanstalt sind, denen wir uns gegenüber befinden, sondern daß es ein in Hamburg wohnender Agitator ist, der sie an der Spitze zieht, und wenn dieser Glaube sich verbreitet — und er ist doch herrschend — dann wird es unendlich schwer, in dieser Beziehung einen Schritt vorwärts zu tun.“ Sehr richtig bei den Konsumativen.

Meine Herren! Das heißt doch Geistesblindheit schon! Schaffen Sie die von den hiesigen Arbeitern geforderten Arbeiter-Ausschüsse und Sie haben die gewünschte Vertretung!

In einer ganzen Reihe deutscher Städte besteht diese Einrichtung und hat sich gut bewährt.

Es ist ebenso falsch, wenn behauptet wird, die Gegenstände würden ausschließlich geizig, und es bestehe die Absicht, die hiesigen Arbeiter sämtlich in die Organisation zu bringen, um dann bei passender Gelegenheit mit einem Streik vorzugehen. Das erhört sich ruhig, das streift falsch. Je besser organisiert die Arbeiter sind, je weniger wird es zu Streiks kommen. Die Organisation wird immer zu vermittelnden Sachen und Streiks nach Möglichkeit abzuwenden und Konflikte werden bei beiderseitigem guten Willen und so ganz vermeidet lassen. Es ist mir gar nicht eingefallen, die Gemütskräfte des Magistrats irgend wie zu überschätzen. Es wird sich aber nicht vermeiden lassen, daß sich unter den hiesigen Arbeitern auch Sozialdemokraten befinden. Oder will der Magistrat diesen die Genehmigung verweigern? Doch ein hiesiger Arbeiter sagt, er sei Sozialdemokrat, weil der Herr Oberbürgermeister nicht habe.

Die Petition, die die Minderheit dieser Versammlung vertritt, imponiert Herrn Dr. Wender aus nicht, sondern ich habe nur die vom Herrn Oberbürgermeister vertretene Richtung übrig. Diese imponiert mir und vielen anderen aber auch nicht.

Eine Heberentscheidung über die Frage, welche politische Partei die beste, die ideale ist, werden wir nie erzielen, es ist daher das einzig Richtige, jedem einzelnen die Entscheidung, welcher Partei er sich anschließen will, selbst zu überlassen.

Der Herr Oberbürgermeister frag mich, ob ich die jetzt beliebte Art der Vertretung der Interessen der hiesigen Arbeiter als vertriebshaft für diese halte. Ich kann mir mit Ja antworten. Daß diese Art der Vertretung die richtige ist, dafür habe ich Beweise in Händen. In den letzten Wochen sind den Arbeitern der verschiedenen Betriebe alle nur möglichen Versicherungen gemacht worden, und überall wurde behauptet, dies zu veranlassen, aus dem Besonderen ausstrahlt.

Bei einer ganzen Anzahl von Beamten ist diese bloßliche Arbeitsvermittlung geradezu auffällig, nach den Umständen hat man allerdings nicht nötig lassen zu finden, diese liegen auf der Hand.

Nach erlöste den Magistrat, die Wünsche und Anforderungen der Arbeiter zu prüfen und in berücksichtigen. Schaffen Sie die gewünschten Arbeiter-Ausschüsse, die weder Neuen und Mäße verursachen und erfüllen Sie die bedruckten Anforderungen der Arbeiter!

Am ehesten ist die Debatte in Nacht. Der Kommissar schickte sich veranlaßt, den Oberbürgermeister in Zusammenhang zu nehmen gegen die „Verständigen Angriffe“, die Debatte angeblich veranlaßt habe und nach dem in Absicht des Anwesenden, worauf Stadtm. Debatte treffend erwiderte, daß er diese Überlegungen beim Etat der Gaswerke machen würde, da man ihm kein das Wort nicht geben würde. Stadtm. Debatte sein konnte nicht mehr. Herrn Debatte in Verbindung, daß die Haltung und der Ton der Gemeinderatssitzung in der Petition-Versammlung im Café Moriamant eine durchaus würdige und angemessene gewesen sei.

Man habe dort in Ruhe und Sachlichkeit die Beschwerden erörtert und es sei ganz falsch, diese für ungeeignet zu halten. In die Beschwerden im einzelnen einzugehen, könne er nicht prüfen. Jedemfalls solle und dürfe man den Arbeitern die Qualitäten nicht verbieten, denn wer a. B. die Berliner Versammlung mitgemacht habe, der würde sich nicht der Anwesenheit des Mannes der Sozialisten befleißigen können. Die Debatte der Arbeiter-Ausschüsse sei so organisiert wie gerechtfertigt, und man solle nicht länger sagen, sie zuzugucken.

Was sagt nun der Delegiert der Betriebswerke zu den schweren Klagen, die Schütz vorgebracht hatte? Herr Stadtbaurat Wirk sprach sich in einer keimlichen Situation. Er konnte nicht beitreten, da er aber auch nicht zugeben, denn das ist gar zu gefährlich. Der Herr Oberbürgermeister und andere Anwesenden würden es sehr übel nehmen, wenn er die Klagen eines Sozialdemokraten rüchhaltlos als berechtigt anerkennen würde.

Er erklärte nur, daß er sich früher insofern geirrt habe, als die Arbeitszeit bei den Feuerbauarbeitern etwas mehr (1) als vier Stunden bei zwölfstündiger Schicht betrage. Es sei immer in vier Stunden ein Chargieren notwendig, was dann nicht eine, sondern zwei Stunden betrage. Insofern habe Stadtv. Schütz recht. Aber wenn bleiben immer noch zwei Stunden Zeit zur Ruhe oder Erholung, die nicht als Arbeitszeit gelten könne. (Jedes, auch jedes bürgerliche Geschäft würde diese Zeit als Arbeitszeit anrechnen, Herr Stadtbaurat Med.) Im übrigen sei diese Arbeitsdauer durchaus nicht unangenehm. Wenn Stadtv. Schütz Klagen vorbringe, müsse er auch bei den

Arbeitern gebotenen Wohlstan

anrühren. Es sei z. B. einzuführen, daß den Gasarbeitern in Erkrankungsfällen der volle Arbeitslohn auf die Dauer von 13 Wochen, danach bis zu 26 Wochen gewährt würde. Zeit der Einführung dieser Verbesserung allerdings hätten die Erkrankungsfälle bedeutend zugenommen. (Was so viel heißt, als ob die Arbeiter Kaulenzer und Semmlanten sind!) Im übrigen sei beabsichtigt, für ein Gaswerk probeweise Entladungsmaschinen anzuschaffen, und wenn diese zur Verfügung kämen, dann sollten sie auch in den anderen Anstalten eingeführt werden und dadurch hoffe man die Möglichkeit der Arbeitsunfähigkeit zu erzielen. (Also doch ein Erfolg der Arbeit!) Das Ding geht bei den Arbeitern entgegen worden, weil sie Getränke „Kaffee oder so was“ geliefert bekommen!

Die Ausführungen des Herrn Stadtbaurat Wirk atmeten einen Geist, der sehr bescheidend ist. Wenn ihm vorgebracht ist, daß die Arbeiter ganz enorme Arbeitszeiten und ganz besonders niedrige Löhne haben und daß bei den Umständen die Erkrankungsfälle ständig zunehmen, dann hat die Arbeiter nur Arbeit zu heucheln, weil sie — ihren vollen Wochenlohn erhalten. Dabei allerdings können sie Reklamieren sammeln und um Troste Witlow Meden indizieren!

Nachdem Stadtv. Schütz sich den Ausführungen des Herrn Stadtbaurat Wirk angeschlossen, fühlte sich der „Konservativ-Revolutionäre“ Stadtv. Med. zu einer freiwilligen Verlesungsgedächtnis für diese Angelegenheit verpflichtet.

Er führte aus, die Klagen, die Stadtv. Schütz vorgebracht, gingen nicht nur dem Magistrat, sondern auch die Stadtverordnetenversammlung, überhaupt die städtischen Behörden, an. (Zehr radikal Med.) Demgegenüber müsse hervorgehoben werden, daß die Stadt nach allen Umständen für ihre Arbeiter mehr Sorge, als alle anderen Städte und es sei bedauerlich, daß immer dieser Vorwurf gemacht werde. Die Unzufriedenheit der Arbeiter komme nicht aus diesen selbst heraus, sondern werde hineingetragen. Man bestreite sich, in die Arbeiterkreise die sogenannte Organisation hineinzubringen, damit die Äquatoren auch auf den heimlichen Arbeiter Einfluß gewinnen können. Die Organisation solle nicht dem Frieden, sondern dem Unfrieden dienen.

Das also ist der konservativ-Revolutionäre Arbeiterfreundlichkeit einer Schluß! Es ist für die städtischen Arbeiter so viel gefährlicher, daß sie keinerlei Beschwerden mehr haben dürfen! Diese fremdliche Arbeit eines hervorragenden Führers der „Arbeiter Vereinigung“ haben sich die städtischen Arbeiter so zu Herzen nehmen, daß sie bei den Stadtverordneten Wahlen im Herbst noch daran denken.

Die gleiche Meinung gegen die Diktation einheitlicher Arbeiterklagen machte sich beim Etat der Wasserwerke bemerkbar. Wieder war es der Sozialdemokrat, der als einziger Redner die Arbeiterfrage anstellte. Stadtv. Schütz führte aus:

Auch für das Wasserwerk trifft so manches, was ich bei dem Etat der Gaswerke ausgeführt habe, an. Eine ganze Anzahl von Arbeitern im Angehörten haben eine wöchentliche Arbeitszeit von 84 Stunden. Dazu kommt, daß keine geregelt, nach dem Dienstalter steigende Lohnklasse eingeführt ist.

Ein Praktikant hat nach fünfjähriger Dienstzeit 37 Pf. Stundenlohn, während zwei andere mit sechs- und siebenjähriger bei vierundzwanzig Pf. Stundenlohn 19 Pf. Stundenlohn bekommen. Ein Auktionsarbeiter bekommt nach sieben Dienstjahren 29 Pf. Stundenlohn, ein Maschinenarbeiter hat nach fünfundsiebzigjähriger Dienstzeit denselben Lohn. Ich konnte noch eine Anzahl solcher in die Augen fallenden Unbilligkeiten anführen.

Auf eine Anzahl Arbeiter ist an vier Tagen in der Woche die Arbeitszeit von 19 auf 11 Stunden verkürzt worden. Die Sache ist, daß dadurch Heberstunden vermieden werden. Dies werden mit der Post, Anschlag bezahlt. Wähen und die Arbeiter glücklich.

Die Arbeiter haben einen Anfangslohn von 20 Pf.; im Durchschnitt können diese auf wenig über 30 Pf. pro Stunde. Diese Verkürzung ist, wenn man die Länge der Arbeit in Betracht zieht, unangenehm. Diese Arbeiter sind dem Wind und Wetter ausgesetzt und müssen im Schnee und Regen ihre Arbeit verrichten.

Wahrscheinlich bekommen dieselben geliefert, es wird aber gesagt, daß die gelieferten Stiefel meistens nicht wasserfest sind, und verfallen dieser Leute, die ihre Gesundheit nicht achten können

wollen, haben sich eigene Wasserstiefel angeschafft. Eine außerordentliche Pelzierung des Haushaltselats, wenn Sie in Betracht ziehen, daß ein Paar solcher Stiefel gegen 40 Mark kostet. Beschwerde wird geführt über das Straßwesen. Ein Arbeiter, der seinen Geburtstag hatte, ließ, um sich seinen Kollegen gegenüber erkenntlich zu zeigen, Schnaps holen. Der Vork wurde von einem Beamten erwischt, dieser nahm die Flasche an sich und zertrümmerte diese.

Aber nicht genug damit. Wegen dieser Affaire wurden zwei Arbeiter je 8 Tage und ein Arbeiter 3 Tage von der Arbeit ausgeschlossen, demjenigen, der den Schnaps holen ließ, wurde sogar sein bisheriger Stundenlohn um einen Pfennig gekürzt. Ich bin weit entfernt, dem Schnapsgenuß besonders das Wort zu reden, solche Verurteilung halte ich aber für rigoros. Auch hier bitte ich, an eine Regelung der Lohnverhältnisse zu denken.

Dem Wort der Erwidrerung folgte Anstandslos wurde der Etat bewilligt, ohne daß man die Arbeiterwünsche berücksichtigt hätte. Daraufhin wurde das Gehalt des Direktors debattelos erhöht. Dazu kam die Zeit und das Interesse der Stadtväter. Im übrigen drängt die Zeit, die Herren mußten sich über Zweck und Nutzen der Jagd unterhalten.

Ein bezeichnendes Bild von der Arbeiterfreundlichkeit der Stadtverwaltung.

Karlsruhe (Baden). Auch ein Beitrag zur Koalitionsrechtsfrage. Bei der Beratung des Vorschlages des städtischen Gaswerks am 26. März d. J. kamen durch den Stadtverordneten Willi die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter wie folgt zur Sprache:

Wenn man die Verwaltung des Gaswerks lediglich nach der Höhe des erzielten Heberschusses beurteilen wolle, so müsse man ihre Anerkennung aussprechen. In einem Betrieb, der für die Stadt eine so gute Einnahmequelle sei, sollte man aber auch darauf sehen, daß die Arbeiter einen ausreichenden Lohn erhalten und daß die Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß reduziert werde. Die Löhne der städtischen Arbeiter seien überhaupt durchwegs einer Erhöhung bedürftig. Der Herr Oberbürgermeister habe in diesen Tagen davon gesprochen, daß es darauf ankomme, daß die Arbeiter genügenden Lohn erhielten, um ihren Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinde nachkommen zu können, nicht daß die Arbeiter alles umsonst von der Gemeinde verlangen. Selbst sei der Mann. Wenn man aber diesem Grundgedanken zustimmte, müsse man dem Arbeiter so viel Ellenbogenfreiheit lassen, daß er sich bessere Arbeitsbedingungen erkriegen kann, dann dürfe man ihm nicht, wie das hier geschehen sei, das Koalitionsrecht nehmen. Redner verteidigt entschieden das Recht der städtischen Arbeiter, sich zu organisieren, und verurteilt scharf das Vorgehen der Stadtverwaltung. Auch kritisierte Herr Willi das rigorose Vorgehen bei Arbeiterentlassungen; so sei ein Vorkontrollbediensteter entlassen worden, weil es sich herausstellte, daß er vor 16 Jahren wegen Diebstahls bestraft worden war.

Oberbürgermeister Schuebler: Die Stadt müsse darauf halten, daß ihre Beamten wie auch ihre Arbeiter, die eine beamtenähnliche Stellung einnahmen, ehrenhafte Leute seien.

Was das angebliche Koalitionsverbot betreffe, so halte es der Stadtrat für unwiderruflich, daß die städtischen Arbeiter sich zu Vereinen zusammenschließen. Wenn dagegen städtische Arbeiter und Beamte sich als solche zu Organisationen irgend welcher politischen Parteien zusammenschließen wollten, so würde ihnen der Stadtrat das mit Recht unterzagen.

Von einem Wunsch der städtischen Arbeiter, sich dem Gewerkschaftsverband anzuschließen, ist dem Redner nichts bekannt, im Gegensatz ist ihm gesagt worden, die Arbeiter wären der Meinung, daß sie dabei nur Opfer zu bringen hätten, ohne entsprechende Gegenleistung zu erhalten.

Stadtv. Edelmann hält den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet für eine Aufhebung der städtischen Arbeiter, da dieselben jetzt lieber bezahlt seien, als in Privatbetrieben. Auch die Arbeitszeit im Gaswerk sei nicht übertrieben lang, wenn man die großen Zwischeneinnahmen berücksichtige. Die städtischen Arbeiter seien daher auch mit gutem Grund zufrieden mit ihrer Lage.

Stadtv. Willi will niemanden gegen seinen Willen glücklich machen, doch die städtischen Arbeiter können zu ihm, da sie nicht zufrieden sind. Der Stadtrat habe ein indirektes Koalitionsrecht erlassen, die Arbeiter wollen keinen politischen Verein, sondern eine gewerkschaftliche Organisation gründen und dieses Recht dürfe man ihnen nicht verweigern. Redner verteidigt scharf die Gewerkschaften und teilt mit, es seien ihm Klagen über mangelhafte Verkehrsverbindungen in städtischen Betrieben laut geworden, weshalb er anfrage, wer über diesen Punkt zu wachen habe.

Oberbürgermeister Schuebler erwidert, daß auch die städtischen Arbeiterbetriebe der Arbeitspflichten unterworfen seien, daß es im übrigen aber auch Pflicht der städtischen städtischen Behörden sei, darauf zu wachen, daß die Einrichtungen um Jahre der Arbeiter und um Verbesserung von Umständen der modernen Arbeiterbetriebe entsprechen. Die städtischen Arbeiter würden in einer Art von Beamtenverhältnis, für sie sei es daher am zweckmäßigsten, sich in ähnlichen Organisationen, wie die städtischen Beamten, zu vereinigen. Redner ist der Meinung, daß der Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern hinsichtlich der Beschäftigung, Lohnverhältnisse, unterchied

Die meisten Arbeiter im Sommer so viel erpart, daß sie im ... durchkommen konnten, heute erzielen sie schon nach achtziger ...

Aus unserer Bewegung.

Preßlau. Eine ziemlich gut besetzte Mitgliederversammlung ... am 10. Mai im Gewerkschaftshaus, sie beschäftigte sich haupt ...

Der Vorstand hat der Kommission die Abrechnung des ersten Quartals ...

Am 1. Juni eine Kranen- und Bauarbeiter- ...

Am 11. März ...

Freiburg i. B. (Situationsbericht). Endlich ist es auch hier ...

Am 1. März ...

Am 1. März ...

Am 1. März ...

Am 1. März ...

Am 1. März ...

eifrig, fleißig und zufrieden geschilbert wurden. Wir und mit uns ... noch viele andere Leute sind der Ansicht, daß diese Unterschiede nicht ...

Hamburg. Mitgliederversammlung am 19. Mai. Nach der Ab ... rechnung vom ersten Quartal wird dem Kollegen P. dessen Ehefrau ...

Magdeburg. Essentielle Versammlung am 7. Mai. Der Stadt ...

Wärzburg. Versammlung am 5. Mai. Kollege Altwater aus ...

Haushaltungsbudget eines Gasarbeiters mit dreim Kindern:

Table with 2 columns: Wöchentliche Ausgaben and Jährliche Ausgaben. Rows include items like Brot, Mehl, Milch, etc., with corresponding costs.

Wöchentliche Ausgabe 17,53 M., N. 52 541,56 M. ...

Unter solchen Verhältnissen wird jeder verständige Kollege zugeben müssen, daß man noch weit davon entfernt ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Selbstverständlich muß auf diese Art die Frau dazu helfen, das Defizit zu decken. Die Folgen davon kann sich jeder ausmalen. Referent kommt sodann auf die schändliche Behandlung der Organisation zu sprechen und verweist auf Mühlhausen, wo von den Kollegen sogar eine Versammlungsgebühr behördlicherseits erhoben wird. Trotzdem stehen die Kollegen im Schlaf fest und treten zum Verande. Wie schädlich es für die Kollegen ist, wenn sie nicht zur Organisation halten, zeigt Medner an den Zuständen in Mannheim. Der Vortrag klang aus in einem kräftigen Appell an die Kollegen, mitzuwirken an unserem großen Reformwerke. Kollege Wächlein meinte, es müsse von nun an im Gaswerke die Organisation erit recht gefördert werden, weil man nicht weiß, was uns von unserem Magistrat noch befehrt wird, ob vielleicht im Falle der Gründung einer Pensionstafel nicht die Aussichten so stehen, wie es in Nürnberg der Fall ist. Kurz und gut, es macht sich in jeder Beziehung notwendig, der Organisation stets treu zu bleiben. Zum Schluß erklärte Kollege Altvater noch die Zahlung der Differenz zwischen Monatslohn und Tagelohn. In Heidelberg sei z. B. diese Frage schon geregelt, und da könne Nürnberg gewiß dasselbe leisten. Mit einem Hinweis auf die Interessenkämpfe unserer Zeit schloß Altvater seine Ausführungen und fand den Beifall sämtlicher Anwesenden.

Thomas Münzer.

(Aus dem Moskowitzschen Werte „Wider die Pfaffenherrschaft“).

Als bereits von Süden herauf der Donner des inneren Krieges über die Thüringer Grenze drang — anfangs März 1525 — kam Thomas Münzer, der Gesagte und Verhaftete, wieder nach Mühlhausen zurück. „Ein erbarerer Mat“ der freien Reichsstadt befand sich in harten Kämpfen. Mitte Dezember 1524 war der Mond Pfister zurückgekehrt, ohne daß der Mat die Macht hatte, den Ausgewiesenen wieder zu vertreiben. Da Pfister gute Stimmung in der Bevölkerung traf, bewirkte er mit den Anhängern Münzers auch dessen Rückkehr. Münzer kam eilends vom Süden herauf, auf seinem Wege überall anfeuernd, redend, schreibend. Im Fuldischen, wo er den Bauern gepredigt hatte, ließen ihn die Behörden als einen verdächtigen Aufwiegler in den Turm werfen. Sein Glück war, daß man ihn nicht kannte; so ließ man ihn nach einiger Zeit wieder laufen. Zu spät erfuhr der Abt von Fulda, wer im Turm gelegen hatte. „Hätte er gewußt, daß es Thomas Münzer gewesen, er wollte ihn nicht ledig gegeben haben“.

Münzers Rückkehr wirkte auf die Stadt wie eine Kriegserklärung. Man wollte dem Gefährdeten wenigstens das öffentliche Auftreten unmöglich machen. Aber die Kleinbürgerliche Partei Pfisters und die proletarische Partei der Arbeiter und Bauern zwangen den Mat, Münzers Agitation zu dulden. So wurde denn auch hier das Feuer neu entzündet. Während Pfister, der Prediger zu St. Nikolai, als Führer der bürgerlichen Partei in der Stadt agitierte, zog Münzer, der Prediger an der Marienkirche, durch die Vorstadt und die Dörfer, agitierte und organisierte unter Bauern und Arbeitern. Da ließ der Mat, als die Stimmung der Bevölkerung ihm immer bedrohlicher wurde, die Stadttore schließen, um niemanden hinaus und herein zu lassen. Jetzt aber brach in der Stadt selbst der Aufbruch aus. Den der Mat in der Entwicklung hatte kritisieren wollen. Die Straßen wurden gestäubt, die Häuser verbrannt, der Stadtdel mit dem Tode bedroht. Der Mat wollte Waffengewalt anwenden, aber als auf der Windweide die Bürgerchaft unter die Waffen trat, stellte sich Münzer ihr entgegen und vermedete sie durch eine feurige Rede, die alle mit forttrieb, zum Volle überzutreten. Das bewaffnete Volk zog in die Marienkirche, hielt dort Volksversammlung und befaßte die Abiegung des alten Rates. Ein „ewiger Mat“ trat an seine Stelle, der aus dem von Pfister geführten Kleinbürgertum gebildet war.

So war der Mond Pfister Herr der Stadt Mühlhausen geworden, während Münzer für sich selbst nicht viel mehr als unbedingte Bewegungsfreiheit erhielt hatte. Pfister war das Haupt des lokalen bürgerlichen Radikalismus und wirkte daher nur auf Mühlhauser Boden. Münzer aber, seit Jahren das Haupt der kommunistischen Bewegung Deutschlands, trat über Mühlhausens Mauern hinaus und zum Weltlichen Zentrum der Revolution in Thüringen und Sachsen hinüber.

Das heilige Volk hatte sich, wie anderwärts so auch hier, zumal mit Eifer gegen Straße und Sterns gewendet. Die wohlgenährten Mönche wurden vertrieben, die Klöster und Zisterzienser eingekommen. Die Schenken boten in der Stadt einen großen Hof mit reihen Cottagen. Den nahm Münzer ein, schlug sein Hauptquartier darin auf und wählte dort mit einer Anzahl seiner Anhänger. Oder im Johannerhof machte er den Versuch zur rechtlichen Einmündung seiner kommunistischen Ideen, indem er eine kommunistische Gemeinde bildete. Alles sollte allen gemeinsam sein, niemand mehr haben als der andere. Die Zahl war so verschieden und arme Proletarier kamen, die nie ein kommunales Leben gekannt hatten, schritten mit aus den reihen Wohlhabenden des Mühlhauser Sterns. Zehnmal wurden die neuen Mitglieder des „Mühlhauser Sterns“ zum Tagelohns Wams und steller gemacht. In einfach und bescheiden er trat in seinen Anhängern war. Eine himelnde Begeisterung hatte sie

alle erfasst. Am Sonntag strömte das Landvolk zu Tausenden in die Stadt, Münzers Predigten zu lauschen. Heberall war die Stimmung den Münzerischen günstig. Heber das Rhöngebirge kamen die Nachrichten von der Zerschlagung der Klöster und der Purgen. In den Grafschaften längs am Mühlhauser herum sowie in Hessen, Eichsfeld, im Braunschweigischen, im Sächsischen bis ins Erzgebirge und Vogtland hinauf begannen die Bauern aufzusuchen und Mord und Herren mit Krieg zu überziehen. In den Johanniterhof strömte die Leute aus stürben Mönchen und Zisterziern. Am Passauer Mühlhauser lieh Münzer großes Geld und, um die Süddeutschen zu zimmern, ihnen Mitteilung und Zeichnung davon zukommen.

Seine Agitatoren schweiften umher: Man sah sie in der Mühlhauser Umgegend, in den Orten an den Elbufern, und man sah sie in den Bergwerken von Zinnberg, Annaberg, Marienberg im Erzgebirge im Staupentittel in die Schwärze steigen. Unermüdet sandte Münzer Briefe durch Thüringen und Sachsen, seine offenen und geheimen Anhänger anfeuernd zu Arbeit und Aufopferung, eine bessere Welt zu bauen. In den Stürmen dieser aufgeregten Zeit wuchs der Mat zu einem Meien empor, dessen Schatzen Luther, Melancthon und Wittenberger Reformatorenfeste zu einem Nichts verdankte. Mit es allen ihren Publikationen über Münzer an, wie dieser über empowunds und wie sie sich vergebens seiner Größe zu erwidern suchten. Nichts Schlechtes, das sie ihm nicht nachsagten, ohne doch wirklich verkleinern zu können. Selbst der Schatten des lateinischen Toten übte noch eine mächtige Wirkung auf sie. Das Vermögen an nur gewaltige Persönlichkeiten.

Diese Größe Münzers aber ist begründet in der Zeit, in welcher er lebte. Es war die Periode großer politischer Kämpfe, des Kampfes der stonischen Umwälzung, in der sich die Gesellschaft befand. Münzers Bedeutung war gewachsen, weil er seine Zeit begriff und nicht geögert hatte, den aus ihr geborenen Forderungen Massenführer und Bahnbrecher zu sein. Darin unterschied sich die silbne Agitator und Organisator von der Persönlichkeit Lutthers. Er hatte aus Mächtigkeit für die Kärnten nicht gewagt, sich an des Welt Spitze zu stellen, und war dadurch von den Ereignissen überholt und hinweggeschwemmt worden. Münzer aber war mit Leib und Seele bei der großen Sache, er lebte ausschließlich in ihr. Sein Ziel war die den stärksten des Tages voraus, dem Ziele entgegen. Hier erklärte sich auch der alttestamentliche Propheten, den er immer lauter und bewusster in seinen Reden und Briefen anstand. „Thom Münzer, ein knecht Gottes wider die Gottlosen“ nennt er sich in seinen Briefen und revolutionären Manifesten. In seine Verbündeten im Marktschreiben schreibt er: „Habet an und streitet den Streit des Her. Es ist hohe Zeit. Kasset Eure Brüder all dazu, daß sie göttliche Zeugnis nicht verpöten, sonst müßen sie alle verderben. Das gar Deutsch Aranzonia und Weichland ist erregt. Der Weiser will Spiel machen, die Weiswider müßen dran. In Fulda haben wir in der Thierwoche 4 Zisterziern verurteilt. Die Bauern im Meigau, im Hegau und Schwarzwald sind auf, als dreißigtausend sind und wird der Haufe je länger, je größer. . . . Ihr müßet dran, es ist Zeit! Balthasar und Barthel! Mümpf! Selten in Wilsch gehet keine an! Diesen Brief laisset den Vergeßel werden. . . . Samiedet Bindcapf auf dem Ambos Nimrods, wer ihm den Turm zu Boden!“ usw.

Man sieht heraus, daß diese Sprache nur der Widerhall der Ereignisse ist, die Deutschland anwühlten. Selbst Luther wurde von ihnen hingerissen. Als der dumpfe Massensturm des Volksaufstandes daher drabte, schrieb er in der Stimmung erler Heberordnung die „Ermahnung zum Frieden“ auf die 12 Artikel der Bauernschaft „Zwölfen“. Darin sagt er: „Eristlich mögen wir Niemand in Erden danken, solches Irrrats und Aufwutts, denn euch, Kär und Herren, sonderlich euch blinden Bischöfen, sollen Pfaffen und Mönchen. . . . Das Schwert ist euch auf dem Halle, noch müet ihr ligt fest im Sattel, man werde euch nicht mögen aufstehen. Solche Sicherheit und verheißte Vermeßenheit wird euch den S brechen, das werdet ihr sehen. . . . Wohlan, weil ihr dem Her seid solches Gottes Jorns, wirds ohne Zweifel auch über euch ausge, wo ihr euch nicht mit der Zeit beheret. . . . Denn das sollt wissen liebe Herrn, Gott schaffts also, daß man nicht kann noch in eine Wätere die Länge dulden. Ihr müet anders werden in Gottes Welt weisen. Tut ihrs nicht durch schandliche Weise müet ihrs tun durch gewaltige und verderbliche Umwege. . . . Es sind nicht Bauern, liebe Herrn, die sich wider euch setzen, Gottes selber, der stet sich wider euch, heimzuführen eine Wätere!“

Als Luther diese Tage niederdrück, ließ er sich, wie immer, nur vom Thron treiben, diesmal von den Wellenschlägen der Revolution, die sich nach Wittenberg brachten. Die Mönchslosigkeit der händigen, die Oberherrlichkeit der Bewegung über ganz Deutschland hin, das man für jene Zeit etwas Völligunmögliches und Heberherberber, das man bereits an den fiebern Zusammenbruch des alten Herrschaftsystems glaubte. Selbst der sturste Ansdich von Sachsen ergriff ihn. Am 11 April 1525 schrieb er an seinen Bruder, Herzog Johann Zwickau: „Es ist das ein großer Sündel, daß man mit Gewalt in hell Gellert hat man denen armen Leuten zu dem ständel Huch gegeben, und sonderlich mit Verletzung des Gottes. So werden die Armen in viel Wägen von uns gestanden, welcher Erntelust bekaupt. Gott werde seinen Jern von Will es Gott also haben, so wird es also tunan sein, daß der ger“

„Man regieren soll.“ Der friedliebende Friedrich brauchte sich des gemeinen Mannes wegen nicht mehr lange den Kopf zu zerbrechen. Zwei Wochen später, am 5. Mai, starb er und in seinem Prager Saal kam ein scharfer Trautgänger an die Regierung, der sich, einig mit den andern Fürsten, mit militärischer Gewalt dem gerade entgegengesetzte.

Dieser war inzwischen in Thüringen und den sächsischen Herzogtümern, im Eichsfeld, im Harz, Hefen, Fulda und im Vogtlande, besonders angewachsen. Im April fanden überall die Bauern auf, waren in Vögeln zuhause und zogen in starken Haufen von Kloster zu Kloster, von Schloss zu Schloss. Die Volkserhebung in der einen Gegend hatte die Erhebung in der andern zur Folge. Innerhalb zweier Tage waren die Arbeiter und Bauern im Stift Fulda und im Gauwalde, „in der Gaden“, sowie die heftigen Bauern um Wacha, Saugen, Hersfeld zu 10.000 Mann stark versammelt. Sie brachen in die Klöster, in die Burgen und Schlösser, um sie zu plündern und zu zerstören. Zuerst wurde die vertriebenen Mönche und Frauen umhergeführt, während die Bauern ihren den guten Mönchen zu austreiben und die Verräte der Klosterkeller aufzubrechen. Auch viele Edelleute sah man mit ihren Frauen obdachlos umher-irren, wenn sie nicht eilig der „christlichen Brüderlichkeit“ der Aufständischen zufliehen waren. Täglich erhielten die Bauernhaufen Jung und Mann, dem sie schrieben überall hin und drohten, die Zümmen ihrer Felder, an Leib und Gut zu beschädigen. Selbst der schäblichste Bewirker des Stilles Fulda hatte sich der Brüderlichkeit anschließen müssen. Sie wollten keinen „subbiten“ mehr, sagten die Bauern in Verhötung seines Plets „Cooperator“.

(Fortsetzung folgt)

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Wider die Pfaffenherrschaft“ enthält ein vorläufiges literarisches Werk des leider so früh verstorbenen Reichstagsabgeordneten Emil Schenck, das jedoch in vier Bänden im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ zu erscheinen beginnt. Dies Werk, das in feiner, lebendiger Darstellung und vollständiger Sprache eine Reihe farbiger und bewegter Bilder aus der geschichtlichen Entwicklung der Kirche zeigt, will keineswegs in leichter Pfaffenkreuzzug machen, sondern sucht auf gewissenhaftem Studium der einschlägigen literarischen, statistischen und wirtschaftspolitischen Literatur.

Wohl manchen Arbeiter ist schon der letzte Sturm aufgefallen, eine Weltgeschichte zu befragen, die, streng auf wissenschaftlich objektiver Darstellung beruhend, doch die geschichtliche Entwicklung in zarter der menschlichen Geschichte und Weltanschauung darstellt. Eine solche, im Geiste der materialistischen Geschichtsauffassung verfasste Weltgeschichte existiert aber bis jetzt nicht. Die Weltgeschichte der kaiserlichen Geschichtsschreiber stellt sich uns dar als ein abseitiges Leben und Turbulenzen von dynastischen Intrigen und kriegerischen Kämpfen, über deren tieferen Ursachen wir völlig im Dunkeln bleiben.

Die intensive geistige und materielle Inanspruchnahme der Arbeiterklasse durch die Führung des politischen und ökonomischen Kampfes hat bis jetzt leider die Inanspruchnahme eines in materialistischen Sinne gehaltenen Geschichtswerkes verhindert. Wohl kennt die deutsche Geschichtswissenschaft bereits verschiedene Werke über bestimmte Ereignisse und enger umgrenzte Zeitabschnitte, doch eine „Weltgeschichte“ soll erst noch geschrieben werden.

Da nun aber das Interesse des deutschen Proletariats für einen überaus wichtigen und interessanten Gegenstand, wie die Entwicklungsgeschichte der Menschheit, ein so außerordentlich großes ist, so kann man nur hoffen, daß es der Berliner Vorwärts-Verlag unternehmen wird, ein allseitig empfindendes Werk einzustellen, wenigstens durch eine Reihe von kleineren Geschichtswerken auszufüllen, die besonders interessante Abschnitte der Geschichte behandeln.

Das in Rede stehende Werk dürfte ganz besonders warmer Aufnahme begegnen. Unternimmt es doch, vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung aus eine großartige Darstellung der Geschichte des Völkereignisses zu entwerfen. Es enthält eine Geschichte des Menschlichen und Menschlichen, lebendige Schilderungen des Lebens, des Arbeiterlebens, der Arbeiterkämpfe, der religiösen, menschlichen Zellen des Mittelalters, des Renaissance, der Herrschaft usw. Dabei hat der Verfasser stets die weitestgehende wissenschaftliche Entwicklung beizubehalten. Was in der landläufigen Auffassung als trübes Jenseits des menschlichen Geistes erscheint, er sucht in der Beleuchtung der materialistischen Geschichtsauffassung als ein Ergebnis der unter schweren Umständen sich durchsetzenden ökonomischen Entwicklung. Die dicken Marken mehr oder minder prominent hervorgehoben werden, deshalb nicht minder merkwürdig sein. Die Ausstattung des Werkes, das in 20 Lieferungen à 20 Pf. erscheint, ist eine vornehmlich geeignete. Der Text wird durch eine Reihe hübscher Illustrationen belebt. Text und Bilder sind vorzüglich, so daß das komplette Werk auch nach dieser Hinsicht mit einer Reihe jeder Bibliothek bilden wird.

Somit wir an anderer Stelle eine Probe des Werkes veröffentlicht haben, geben wir der öffentlichen Meinung, daß der Buchhandlung Vorwärts des vorliegenden Unternehmens den Verlag auch zur Fortsetzung seiner literarischen Aufklärungsarbeit ermutigen wird.

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

Sekretariat: Berlin W. 37, Bülowstr. 21.

Telephon: Amt IX, 6188.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden **Dr. Voersch**, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer **G. Ahmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.

Sämtliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, **Dr. Voersch**, gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsauswahlgremium **H. Schulz**, Hamburg, Bürger 11, zulässig.

Bekanntmachung.

Wiederholt wurde der Wunsch geäußert, ein Adressenverzeichnis der Filialleiter herauszugeben. Der Verbandsvorstand ist diesem Wunsch nachgekommen und hat ein Adressenverzeichnis in besonderer Ausgabe herstellen lassen. Dasselbe wurde den Filialvorständen bereits zugeandt und können es sonstige Interessenten durch die Verbandsleitung beziehen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nach den Bestimmungen des Reglements für Lohnbewegungen über alle Eingaben, Forderungen usw. an uns zu berichten ist. Wir eruchen daher die Filialvorstände, uns von allen Petitionen usw. mindestens eine Abschrift derselben zuzusenden.

Nerner weisen wir darauf hin, daß während der Zeit des Ausfalls die Mitgliedsbeiträge zu entrichten sind. Arbeitslosigkeit im Sinne unseres Statuts liegt nur dann vor, wenn das Arbeitsverhältnis gänzlich gelöst ist. — Weiter machen wir noch darauf aufmerksam, daß in Krankheitsfällen nach § 5 Absatz 2 die Beiträge zu entrichten sind, wenn der Erkrankte seitens der vorgelegten Behörde einen Zuschuß zum Krankengeld erhält. Wir bitten, diese Bestimmungen genau beachten zu wollen.

In den letzten Tagen wurden den Filialvorständen Fragebogenformulare zugehakt, die zur Vereinfachung an den Verbandsvorstand bei eintreffenden Fragestellungen zu benutzen sind. Wir bitten, in solchen Fällen sich nur dieser Formulare bedienen zu wollen, da die Erledigung derselben hierdurch beschleunigt wird.

Für den Verbandsvorstand:

Dr. Voersch.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 1. Quartal 1904 gingen an Beiträgen ein: Breslau (2. Rate) 30,— M., Wülhausen i. Elb. 20,56 M., Wiesbaden (2. Rate) 18,— M.
Für die Protokolle des Verbandstages sandten ein: Breslau 7,95 M., Berlin X 3,90 M., G. Ahmann, Kassierer.

Ein gutes Wort von Hermann Greulich.

In letzter Zeit habe ich wiederholt folgende Bemerkung vernommen: Wenn das oder jenes geschieht, dann tritt unsere Forderung aus dem Verband, oder unser Verband aus dem Gewerkschaftsbunde, aus dem Arbeiterbunde. Dabei habe ich mich weniger geärgert als geschämt. Denn ich hörte die Unternehmern dabei lachen und sagen: Die Leute brauchen wir nicht einmal zu fürchten, deren Forderungen können wir noch ruhig ablehnen. Die sind nicht gefährlich. Wann werden wir einmal diese albernen Kindermarken los? Die mögen etwa passen für einen Kegellub, oder ein Tabakstollegium, oder eine Stat- oder Taufgesellschaft, für Leute, die Vergnügen wollen, aber nicht für eine Gewerkschaft, in der man für die Christen und die Rechte der Arbeiter kämpft, die also eine Konventsart ist. Wir wollen mitbestimmen im Arbeitsvertrag, wir wollen Gemeinde und Staat weisern, ja, wir streben eine vollständige Umgestaltung der ganzen Gewerkschaft an und wir lassen uns immer wieder drohen, daß man wegen heftiger Meinungsverschiedenheiten unsere eigenen Schöpfungen zerstören will? Welcher Widerspruch! Es ist wahrlich hohe Zeit, daß wir endlich einmal solche Überheblichkeiten aus unseren Versammlungen und aus unserer Presse hinausweisen, denn sie klammern und lähmen uns nur. Nicht fortlaufen, sondern dablicken und weiterarbeiten, das ist die Parole einer demokratischen Organisation. Was geschand ist, wird Meiner werden und das Angehende mag verschwinden. Mehr Brüderlichkeit und weniger Nechthabererei, mehr freundliche Verständigung und freiwillige Disziplin und weniger Eigennutz! Dann erst werden wir aus unserer Schmach endlich einmal herantreten.“

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage Freitags und ist durch die Post unter Nr. 3161 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Verkaufspreis für das Vierteljahr ist 0,80 Mk. (ohne Bestellgeld), unter Streifenband 1 Mk. -- Anzeigen kosten die dreispaltige Fettschrift 0,40 Mk., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 Mk. netto.

Achtung!

Filiale Hamburg.

Achtung!

Grosse öffentl. Versammlungen

Sonntag den 5. Juni 1904, nachmittags 3 1/2 Uhr,
„Rothenburgsorter Tivoli“;

Dienstag den 7. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr,
„Alter Schützenhof“, Barmbeck;

Mittwoch den 8. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr,
„Hamburger Ballhaus“, Neustädter-Strasse.

Referent in allen Versammlungen: **Verbandsvorsitzender Bruno Poersch = Berlin.**

☛ **Kollegen, sorgt für einen guten Besuch!** ☛

Der Filialvorstand.

Totenliste des Verbandes.

Wilhelm Döring, Berlin
(Sektion VI.)

10 Mai 1904 im Alter von 55 Jahren.

Wilhelm Fischer, Berlin
(Sektion VII.)

11 Mai 1904 im Alter von 46 Jahren.

Kupsch - Schöneberg

Berlin (Sektion IV.)

7 12 Mai 1904.

August Kauschert, Dresden

13 Mai 1904 im Alter von 60 Jahren
5 Monaten.

Johann Bierski, Bremen

13 Mai 1904 im Alter von 75 Jahren

A. Kränkel, Heidelberg

nach kurzem kranken Krankenlager im
Alter von 17 Jahren an der Proletarier
Krankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Achtung!

Achtung!

Personal der Arrenanstalt Dalldorf-Berlin!

Die Mitglieder Versammlungen unserer
Sektion finden im Lokale des Herrn **Müller,**
Berlinerstrasse an nachbenannten Tagen
statt: Montag den 13. Juni, Dienstag den
12. Juli, Mittwoch den 17. August, Samstag
den 17. September, Montag den 17. Oktober,
Dienstag den 15. November und Mittwoch
den 11. Dezember.

Die Sektionsleitung.

Wiesbadener Kollegen!

Am **Sonntag den 5. Juni d. J.** vorm.
9 Uhr, findet unsere **Versammlung** statt,
in welcher **Dr. Frant-Mannheim** referiert.
Er erscheint alle Mann.

Die Ortsverwaltung.

Unserem Kollegen
Heinrich Schubert
zum 25-jährigen Arbeitsjubiläum die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen von Berlin
(Sektion II., Gaswerk Traklauer Platz.)

Unsere letzte Nummer 10 der Gewerkschaft
ist total vergriffen. Die Filialvorstände,
welche überzählige Exemplare liegen haben,
werden dringend ermahnt, diese herzugeben.
Berlin W. 57.

Heinrich Bürger.

Neue Rechtschreibung 1902.

Ausführliches grammatisch-ortho-
graphisches

Nachschlagebuch der deutschen Sprache

mit Einschluss d. gebräuchlichen Fremd-
wörter u. Angabe der schwierigen Silben-
trennungen u. der Interpunktionsregeln.

Zum täglichen Gebrauch für jedermann.

(11. - 32. Von (11. 32.

Tausend.) **Dr. August Vogel.** Tausend.)

Mit einem Verzeichnis geschichtlicher
und geographischer Eigennamen.

524 Seiten (kl. Lexikon-Format).

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlichen Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhdlg.

(Prof. C. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Unserem verehrten Kollegen dem
Satzememwörter
Karl Jacob
zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum
die herzlichste Gratulation.
Berlin, im Mai 1904.

Die Sektion VI.

Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“

Annahmen, Mitgliederannahmen, Auskünfte
in der Geschäftsstelle
Berlin W. 57, Palowstr. 21.

Das Blumengeschäft Theodor Page, Waisenstr. 68.

empfehle ich den geehrten Kollegen zur An-
fertigung von **Vereinskränzen**, sowie sämt-
lichen **Blumen**.

Flechten-Kranke

erhalten unentgeltlich und postfrei erhaltene
Vorschrift der Behandlung-art über siche-
re Beseitigung von der Flechtenkrankheit, Schuppen
auch Psoriasis und sonstigen hartnäckigen
Haut-
leiden.

**W. Sommer, Leipzig-R.,
Schlag. Cshstraße 30.**

Brot

Hamburg St. Pauli
aus der bekannten Obereichen Bäckerei in
zu haben bei

H. Schultz, Marktstrasse 23 B.

Nieder-Schöneweide
Restaurant „Kleine Fischerhütte“
Empfehle mein herrlich gelegenes Lokal bei Partien.
Familien können **Steffe** lochen. • Gut gepflegte Tiere. • Gute Küche.
Billige Preise. • Motorboot-Fahrfahrt und Ueberlegstelle. • Vereinszimmer.
Um geneigten Zuspruch bitten
Julius Fischer.